

Zürich, 17. Dezember 2020
Thomas Jordan

Einleitende Bemerkungen von Thomas Jordan

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich begrüsse Sie herzlich zum Mediengespräch der Schweizerischen Nationalbank. Leider kann unser Dialog wegen der Corona-Pandemie heute nur virtuell stattfinden. Die Pandemie verlangt den Menschen weltweit, auch in der Schweiz, sehr viel ab. Unser Mitgefühl gilt ganz besonders jenen, die selbst erkrankt sind oder Angehörige und Freunde verloren haben.

In meinen Ausführungen werde ich Ihnen zuerst unseren geldpolitischen Entscheid und unsere Einschätzung der Wirtschaftslage erläutern. Anschliessend werde ich auf das Thema Klimawandel und die SNB eingehen. Fritz Zurbrügg wird über die Entwicklungen im Bereich der Finanzstabilität berichten und die Auswirkungen der Pandemie auf die Nachfrage nach Banknoten kommentieren. Andréa Maechler schliesslich wird über die Lage an den Finanzmärkten sprechen und die bevorstehende Ablösung des Franken-Libors durch den SARON erörtern. Nach diesen Ausführungen stehen wir Ihnen wie üblich für Fragen zur Verfügung.

Geldpolitischer Entscheid

Die Corona-Pandemie beeinträchtigt die Wirtschaft weiterhin stark. Vor diesem schwierigen Hintergrund führen wir unsere expansive Geldpolitik fort, um die Wirtschafts- und Preisentwicklung zu stabilisieren.

Wir belassen den SNB-Leitzins und den Zins auf Sichtguthaben bei der SNB bei $-0,75\%$. Wegen des hoch bewerteten Frankens sind wir weiterhin bereit, verstärkt am Devisenmarkt zu intervenieren. Wir berücksichtigen dabei die gesamte Währungssituation. Ausserdem stellen wir dem Bankensystem im Rahmen der SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität (CRF) grosszügig Liquidität zur Verfügung. Die expansive Geldpolitik sorgt für günstige

Mediengespräch

Finanzierungsbedingungen, wirkt dem Aufwertungsdruck auf den Franken entgegen und trägt zu einer angemessenen Versorgung der Wirtschaft mit Krediten und Liquidität bei.

Inflationsprognose

In der gegenwärtigen Situation unterliegen die Inflationsaussichten weiterhin grosser Unsicherheit. Die neue bedingte Inflationsprognose liegt bis Ende 2021 leicht tiefer als im September. Der Hauptgrund dafür ist die erneute Verschlechterung der Wirtschaftslage als Folge der zweiten Pandemiewelle. In der längeren Frist ist die Inflationsprognose gegenüber jener von September unverändert. Für 2020 liegt die Prognose im negativen Bereich ($-0,7\%$). Im nächsten Jahr dürfte die Inflationsrate wieder höher liegen ($0,0\%$) und 2022 leicht positiv sein ($0,2\%$). Die bedingte Inflationsprognose beruht auf der Annahme, dass der SNB-Leitzins über den gesamten Prognosezeitraum bei $-0,75\%$ bleibt. Die langfristigen Inflationserwartungen sind fest verankert und liegen bei rund 1% .

Internationale Wirtschaftsaussichten

Die Corona-Pandemie und die Massnahmen zu ihrer Eindämmung lösten im ersten Halbjahr 2020 einen historischen Einbruch der Weltwirtschaft aus. Mit dem Rückgang der Neuinfektionen und der Lockerung der Eindämmungsmassnahmen in den Sommermonaten konnte das Wirtschaftsleben zunehmend wiederaufgenommen werden. Dies führte zu einer kräftigen Erholung der Weltwirtschaft im dritten Quartal. Dennoch blieb das Bruttoinlandprodukt (BIP) in den meisten Ländern deutlich unter seinem Vorkrisenniveau.

Seit Oktober sind die Ansteckungszahlen in Europa und den USA leider wieder rasch gestiegen. Als Reaktion darauf wurden erneut zahlreiche Eindämmungsmassnahmen beschlossen, und die Bevölkerung ist wiederum zurückhaltender bei Aktivitäten mit erhöhtem Infektionsrisiko. Zeitnahe Indikatoren zeigen, dass die Wirtschaftsentwicklung dadurch abermals beeinträchtigt wird. In verschiedenen Ländern könnte das BIP im vierten Quartal deshalb sogar schrumpfen. Im Vergleich zum Frühling ist aber von geringeren Effekten auszugehen, da vielerorts weniger einschneidende Eindämmungsmassnahmen gewählt wurden.

Unser Basisszenario für die Weltwirtschaft geht davon aus, dass die Pandemie in absehbarer Frist wieder unter Kontrolle gebracht wird und dass geeignete Massnahmen weitere Ansteckungswellen verhindern werden. Entsprechend sollte die wirtschaftliche Erholung im Verlauf des nächsten Jahres wieder an Schwung gewinnen. Die weltweit ergriffenen geld- und fiskalpolitischen Massnahmen bilden dabei eine wichtige Stütze. Dennoch dürften die globalen Produktionskapazitäten noch längere Zeit unterausgelastet und die Inflation in den meisten Ländern bescheiden bleiben.

Dieses Szenario ist mit grosser Unsicherheit und mit Risiken in beide Richtungen behaftet. Einerseits könnten die Pandemie oder handelspolitische Spannungen die Konjunktorentwicklung zusätzlich belasten. Andererseits könnten die getroffenen fiskal- und geldpolitischen Massnahmen die Erholung stärker stützen als angenommen.

Mediengespräch

Wirtschaftsaussichten für die Schweiz

Auch die Schweizer Wirtschaft hat sich bis in den Spätsommer deutlich und stärker als ursprünglich erwartet von der ersten Pandemiewelle erholt. Nach einem Rekordanstieg lag das BIP im dritten Quartal noch 2% unter dem Vorkrisenniveau; im zweiten Quartal hatte es mehr als 8% darunter gelegen.

Im Oktober breitete sich das Coronavirus allerdings auch in der Schweiz wieder rasch aus. Infolgedessen haben sich die Konjunkturaussichten erneut eingetrübt, zumindest für die kurze Frist. Die bisher ergriffenen Massnahmen gegen das Virus schränken die Wirtschaftstätigkeit zwar weniger ein als im Frühling. Gewisse Branchen, vor allem das Gastgewerbe und der Unterhaltungssektor, sind aber wieder stark betroffen. Auch in anderen Branchen ist die Stimmung verhalten. Die Wirtschaftsdynamik dürfte im Winterhalbjahr entsprechend schwach ausfallen.

Das BIP wird nach unserer Einschätzung dieses Jahr um rund 3% schrumpfen. An der Lagebeurteilung im September hatten wir mit einem noch stärkeren Rückgang gerechnet. Die Revision ist darauf zurückzuführen, dass die BIP-Verluste in Folge der ersten Pandemiewelle weniger gross ausgefallen sind als ursprünglich erwartet.

Die weitere Entwicklung hängt massgeblich davon ab, wie erfolgreich die Ausbreitung des Virus im In- und Ausland eingedämmt werden kann. Wir gehen davon aus, dass die Eindämmungsmassnahmen in der Schweiz erst im Frühling deutlich gelockert werden. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für 2021 mit einem BIP-Wachstum von 2,5% bis 3%. Die Erholung bleibt damit unvollständig. Die Arbeitslosigkeit dürfte nochmals ansteigen, und die Produktionsfaktoren werden noch eine Weile unterausgelastet bleiben. Wie für das Ausland unterliegt auch die Prognose für die Schweiz einer grossen Unsicherheit.

Beitrag der Geldpolitik in der Krisenbewältigung und Ausblick

Dieses Jahr werden die Preise wegen der Corona-Pandemie sinken, und die Wirtschaftsleistung wird geringer sein als im Vorjahr. Auch im nächsten Jahr dürften die Produktionskapazitäten noch nicht voll ausgelastet sein und die Inflation noch bei null liegen. Eine expansive Geldpolitik ist daher zur Krisenbewältigung weiterhin notwendig.

Unsere Geldpolitik trägt über drei Kanäle zur Krisenbewältigung bei. Erstens schaffen wir über das tiefe Zinsniveau günstige Finanzierungsbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und die öffentliche Hand. Das entlastet diejenigen Firmen und Körperschaften, die als Folge der Krise einen erhöhten Finanzierungsbedarf haben.

Zweitens wirken der Negativzins und unsere Devisenmarktinterventionen dem Aufwertungsdruck auf den Franken entgegen. Dieser Druck ist in unsicheren Phasen speziell hoch, und eine starke Aufwertung würde die Wirtschaft in der Krise besonders belasten. Wir haben in diesem Jahr daher beachtliche Mittel eingesetzt, um angemessene monetäre Bedingungen beizubehalten.

Mediengespräch

Drittens stellen wir den Banken über unsere Refinanzierungsfazilität CRF zusätzliche Liquidität im Umfang ihrer Vergabe von COVID-19-Krediten und zu einem Zinssatz von $-0,75\%$ zur Verfügung. Die Bundesgarantien für die COVID-19-Kredite und die günstige Liquiditätsversorgung durch die SNB haben dazu beigetragen, dass in der Schweiz in den vergangenen Monaten eine Kreditklemme vermieden werden konnte.

Die wirtschaftliche Erholung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, und die Unsicherheit wird vorerst gross bleiben. Wir werden deshalb mit unserer Geldpolitik alles daransetzen, die Preisstabilität zu sichern und zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen.

Klimawandel und SNB

Ich komme nun noch auf die Bedeutung des Klimawandels für die SNB zu sprechen. Wir beschäftigen uns bereits seit längerem intensiv mit diesem Thema. Wir wollen allfällige Folgen des Klimawandels für die Volkswirtschaft, für die Finanzstabilität sowie für die Verwaltung unserer Währungsreserven richtig abschätzen, damit wir unser gesetzliches Mandat jederzeit erfüllen können. Zu diesem Zweck arbeiten wir auch mit anderen Zentralbanken, insbesondere innerhalb des Network for Greening the Financial System (NGFS), und mit der FINMA eng zusammen.

Was die Geldpolitik betrifft, vertiefen wir laufend unsere Analysen, wie der Klimawandel das Wirtschaftswachstum und die Inflation beeinflussen könnte. Hier ist insbesondere der Austausch mit anderen Zentralbanken wichtig.

Betreffend Finanzstabilität fokussiert die SNB ihre Arbeiten darauf, die Auswirkungen der Klimarisiken auf die Stabilität des Schweizer Bankensystems zu erfassen. Als Pilotprojekt identifiziert sie gegenwärtig zusammen mit der FINMA die Risikokonzentrationen der Grossbanken gegenüber Sektoren, die erhöhten Transitionsrisiken, d.h. möglichen Auswirkungen von zukünftigen gesetzlichen Anpassungen, ausgesetzt sind.

Bei unserer Anlagepolitik haben wir jetzt im Zusammenhang mit dem Thema Klimawandel eine Anpassung unserer Ausschlusskriterien beschlossen. Bereits seit 2013 schliessen wir Anlagen von Unternehmen aus, die gravierende Umweltschäden verursachen, Menschenrechte verletzen oder geächtete Waffen produzieren. Mit diesen Ausschlusskriterien stellen wir sicher, dass unsere Anlagepolitik den grundlegenden und breit anerkannten Werten der Schweiz entspricht.

Nun erweitern wir das Ausschlusskriterium betreffend Umwelt, indem wir auch Klimaaspekte miteinbeziehen. In der Schweiz hat sich über die letzten Jahre ein breiter Konsens für den Kohleausstieg herausgebildet. Wir haben deshalb entschieden, neu sämtliche Unternehmen, die primär Kohle abbauen, aus unseren Portfolios auszuschliessen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort nun an Fritz Zurbrügg.